

Dieses Sanierungspaket besteht auf der Seite der Einsparungen in Kürzungen von Beiträgen und Subventionen. Also werden Kantone, die viele Subventionen und Beiträge erhalten, also die ärmeren Kantone, stärker betroffen als die reichen.

Diese Vorlage über die Gewinnausschüttung der Nationalbank soll dazu dienen, diese Ausfälle sozial gerecht auszugleichen. Seien Sie so gut und stimmen Sie dem vermittelnden Antrag des Bundesrates zu. Wir können doch nicht diesen Zug besteigen.

Jetzt gilt es, für eine gute und wirksame, sozial gerechte Ausschüttung zu sein und nicht einfach auf den Hessschen Trick hereinzufallen.

Bonny, Berichterstatter: Es ist schade, dass die Kommissionsprecher die Lage nicht zuerst klarlegen konnten. Es kommt nämlich jetzt ein neues Element dazu. Die Kommission hat heute morgen mit 18 zu 3 Stimmen beschlossen, auf die bundesrätliche Fassung zurückzukommen. Wir haben sowohl die Fassung des Ständerates als auch unsere vorherige Fassung fallenlassen. Wir glauben, dass das eine salomonische Lösung sei. Die Meinung geht dahin, dass sich letztendlich die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren einigen muss, wie dieser Verteilungsschlüssel aussehen soll. Gestützt darauf entscheidet der Bundesrat. Neu am bundesrätlichen Vorschlag war ja, dass man zusätzlich zur Wohnbevölkerung noch die Finanzkraft hineingenommen hat.

Diese Lösung lässt an sich, ohne dass man jetzt quantifiziert, dem Einvernehmen unter den Kantonen freien Raum. Sie hat insofern den Vorteil, dass sie flexibler ist. Wenn wir die Verteilung fest vornehmen, wissen wir nicht, wie die Rahmenbedingungen in ein paar Jahren aussehen werden.

Das sind die Überlegungen, die die Kommission dazu geführt haben, die bundesrätliche Fassung wiederaufzunehmen.

Ich möchte nur generell daran erinnern, dass wir uns hier bewusst sein müssen, dass die lineare Kürzung logischerweise die finanzschwachen Kantone mehr trifft als jede andere Lösung. Hier ist der Ort, wo wir an eine gewisse Kompensation denken müssen. Aber wir möchten diese jetzt noch nicht mit Zahlen und Verteilungsziffern fixiert haben.

Ich bitte Sie, der Kommission, d. h. dem ursprünglichen Auftrag des Bundesrates, zuzustimmen.

M. Borel François, rapporteur: Votre commission – notre conseil l'avait suivie sur ce point – avait pensé faire un pas en direction du Conseil des Etats en proposant cette répartition moitié par moitié. Ce dernier ne l'a pas compris et maintient sa position. Dès lors, votre commission, par 18 voix contre 3, estime tout compte fait que pour sortir de cette situation la meilleure solution est d'en revenir à la proposition du Conseil fédéral. Si nous maintenions notre position initiale, nous favoriserions quelque peu – ce sont des nuances – les cantons financièrement faibles. Si nous suivions la proposition du Conseil des Etats, nous donnerions raison aux cantons financièrement forts qui signalent à juste titre que, depuis peu, ils ont de réelles difficultés budgétaires. L'une et l'autre solution seraient donc probablement erronées parce que nous fixerions dans la loi une fois pour toutes, ou du moins pour une longue période, la clé de répartition donnant tort aux uns et raison aux autres, alors que les critères de la situation financière peuvent, en effet, évoluer. Il est peut-être trop tôt pour tenir compte des inquiétudes signalées par les députés genevois à cette tribune, mais il faudrait néanmoins en tenir compte dans quelque temps, si la situation perdure. C'est la raison pour laquelle, si nous en revenons à la proposition du Conseil fédéral, ce dernier entendra les cantons à intervalles réguliers et, tenant compte des avis des uns et des autres exprimés – j'imagine – dans la Conférence des directeurs cantonaux des finances, en tirera les conséquences en fonction de la situation respective de chacun des cantons au moment de la prise des décisions. Je crois que ce serait une erreur – la commission en a été convaincue puisqu'elle s'est ralliée à cette prise de position par 18 voix contre 3 – de figer de manière durable la répartition de ce bénéfice entre les cantons. Laissons au Conseil fédéral, après avoir entendu les cantons, la possibilité d'adapter régu-

lièrement cette clé de répartition. C'est de cette façon que nous arriverons peut-être à convaincre également le Conseil des Etats à adopter la voie du compromis.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie auch, dem Bundesrat zuzustimmen.

Herr Peter Hess hat offenbar Bedenken, weil er dem Bundesrat oder dem Finanzminister nicht traut; er befürchtet, wir könnten die Finanzdirektoren gegeneinander ausspielen. Wissen Sie, man kann Verdächtigungen aussprechen, aber man sollte sich auch überlegen, welche Realität dahintersteckt.

Bekanntlich ist es heute so, dass die Rückerstattung der direkten Bundessteuer zum Teil auch nach der Finanzkraft erfolgt. Ich muss Ihnen sagen: Dieser Schlüssel hat in den letzten Jahren einige Male geändert. Aber das ist Sache der kantonalen Finanzdirektoren; sie suchen den Konsens zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Kantonen, und sie finden ihn. Der schweizerische Finanzminister hat dazu nichts zu sagen. Wenn sich die kantonalen Finanzdirektoren geeinigt haben, formuliert er den Antrag an den Bundesrat für die Verteilung. Daran gibt es nichts zu ändern.

Hier ist es genau gleich. Ich weiss es, der Bundesrat weiss es: Diese zwei Drittel gehören den Kantonen, und die Kantone sollen entscheiden, wie sie dieses Geld verteilen wollen. Aber der Vorteil des bundesrätlichen Antrages liegt darin, dass er nicht eine momentane Situation zementiert, sondern dass es möglich ist – weil wir ja den Finanzausgleich zusammen mit den kantonalen Finanzdirektoren überprüfen –, einmal einen anderen Schlüssel zu wählen. Es ist auch denkbar, dass in der Zukunft bezüglich der Finanzkraft gewisse Dinge passieren, so dass eine Anpassung notwendig wird. Das haben die Finanzdirektoren selber vorgeschlagen.

Hier sollten wir den Weg nicht verbauen. Der Antrag des Bundesrates lässt den kantonalen Finanzdirektoren für die Zukunft eine gewisse Flexibilität. Herr Hess, für Misstrauen ist da kein Platz.

Ich bitte Sie, dem Bundesrat und der Kommission zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

96 Stimmen

Für den Antrag Hess Peter

52 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

92.077

Sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter in der Gesetzessprache Formulation non sexiste des textes législatifs

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Ordnungsantrag Maspoli

Das Geschäft ist in der Kategorie III zu behandeln

Schriftliche Begründung

Die vorgesehenen Änderungen in der Gesetzessprache sind so weitgehend, dass die stillschweigende Annahme derselben unzulässig erscheint. Der Rat hat das Recht zu erfahren, dass durch die Annahme der Vorlage die Gesetzessprache um einiges komplizierter und undeutlicher würde. Ferner würde die jährliche Papiermenge, welche die Parlamentarier zu bewältigen haben, um einiges aufgestockt.

Motion d'ordre Maspoli

Traiter l'objet en catégorie III

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Maspoli

Minderheit

Dagegen

offensichtliche Mehrheit

Herr **Rebeaud** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 GVG unterbreiten wir Ihnen einen Bericht betreffend die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter in der Gesetzessprache und den Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe der Bundesverwaltung über die sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzes- und Verwaltungssprache.

Wir beantragen Ihnen, vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen. Damit kann:

- a. im Deutschen die Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzessprache nach den Grundsätzen der kreativen Lösung schrittweise verwirklicht werden (jedoch ohne Verwendung des grossen «» im Wortinnern);
- b. im Französischen und im Italienischen die Möglichkeit vorbehalten werden, auf die Einführung der kreativen Lösung zu verzichten, zumal die sinngemässe Übereinstimmung aller drei Sprachen gewährleistet ist.

Einleitung

1. Auftrag

Der Auftrag der Redaktionskommission (nachfolgend Kommission), sich mit der Frage der sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter zu befassen, ist abzuleiten aus:

- a. Artikel 31 Absatz 1 GVG (allgemeiner Auftrag der Kommission);
- b. der Detailberatung des Urheberrechtsgesetzes (84.064) im Nationalrat (AB 1992 N 14), anlässlich welcher der Kommission der Auftrag erteilt wurde, bei diesem Gesetz die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter zu prüfen.

2. Anlass

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist seit 1981 in Artikel 4 Absatz 2 der Bundesverfassung rechtlich verankert. In bezug auf die tatsächliche Gleichstellung stellt sich unter anderem die Frage des Sprachgebrauchs. Sollen beide Geschlechter in der Sprache – und für die Kommission beschränkt sich die Frage auf die Gesetzessprache – gleich behandelt werden? Wie soll gegebenenfalls diese Gleichbehandlung in die Sprache umgesetzt werden?

Der Bundesrat hat in seinem Bericht vom 26. Februar 1986 über das Rechtsetzungsprogramm «Gleiche Rechte für Mann und Frau» (BBl 1986 I 1144ff.) diesem Problem Rechnung getragen: «... Aus diesen Gründen erscheint es angezeigt, all jene Erlasse, die für Männer und Frauen in gleicher Weise gelten, wenn möglich so zu fassen, dass die Geschlechter auch in sprachlicher Hinsicht gleich behandelt werden....» Der Bundesrat kündigte an, die sprachliche Bereinigung jeweils dann vornehmen zu wollen, wenn der entsprechende Erlass auch aus materiellen Gründen geändert werden müsse. Zudem stellte er in Aussicht, in die Richtlinien der Gesetzestechnik des Bundes Anleitungen für eine an beide Geschlechter gerichtete Sprache aufzunehmen.

Zu erwähnen ist ferner die Motion 85.947. Gurtner Barbara (Diskriminierung der Frau in der Amtssprache).

Bundesverwaltungsinterne Arbeiten

1. Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe der Bundesverwaltung zur Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzes- und Verwaltungssprache

Im Frühling 1988 setzte die Bundeskanzlei eine interdepartementale Arbeitsgruppe ein. Diese erhielt den «Auftrag, rechtliche und linguistische Fragen im Zusammenhang mit der sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter zu klären und im Sinne der erwähnten Stellungnahmen des Bundesrates bzw. des Bundeskanzlers zu den verschiedenen parlamentarischen Vorstössen Vorschläge für eine Vorschriften- und Verwaltungssprache auszuarbeiten, die sich an beide Geschlechter gleichermaßen richtet». (Bericht S. 11)

Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe erschien im Juni 1991. Bundeskanzlei und Bundesrat haben bislang zum Bericht noch nicht Stellung genommen.

2. Möglichkeiten der sprachlichen Gleichbehandlung

In bezug auf die Möglichkeiten der sprachlichen Gleichbehandlung in der Vorschriftenprache hat die Arbeitsgruppe mögliche Lösungen anhand folgender Beurteilungskriterien geprüft:

- sprachliche Gleichbehandlung,
- Rechtssicherheit,
- Verständlichkeit,
- Rechtssprachlichkeit.

Überprüft wurden folgende Lösungsansätze:

- Legaldefinitionen,
- Paarbildung,
- Geschlechtsneutralisation/-abstraktion,
- kreative Lösung (Kombination aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten).

In ihrer Würdigung der Möglichkeiten der sprachlichen Gleichbehandlung kommt die interdepartementale Arbeitsgruppe zu folgendem Schluss (Bericht S. 52/53):

«Unsere Präsentation der verschiedenen Möglichkeiten zur sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter hat gezeigt, dass die ausschliessliche Verwendung von Paarformen einerseits oder von geschlechtsneutralen und geschlechtsabstrakten Formulierungen andererseits schnell an sprachliche Grenzen stösst, während sich mit der freien Kombination der beiden Ansätze überzeugende Ergebnisse erzielen lassen, wenn zusätzlich eine gewisse redaktionelle Freiheit besteht.»

Erwägungen der Kommission

1. Behandlung in der Kommission

Die Kommission hat am 29. Januar 1992 als Plenarkommission getagt. Auf Antrag der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates hat sie an dieser Sitzung die Frage geprüft, ob die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter in der Gesetzessprache auf die Bundesbeschlüsse über die Hochschulförderungskredite 1992–1995 (91.040) anzuwenden sei oder nicht. Da eine Aemterkonsultation zum Entwurf einer Verordnung über die Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzes- und Verwaltungssprache damals noch im Gange war, beschloss die Plenarkommission, vorläufig noch an ihrer bisherigen Praxis festzuhalten und das Problem an einer speziellen Sitzung zu behandeln. Es erschien der Kommission nicht opportun, vor einem Grundsatzentscheid Zeichen zu setzen, obwohl in einzelnen Erlassen Ausnahmen gemacht worden sind.

An ihrer Plenarsitzung vom 24. Juni 1992 hörte die Kommission Frau Nationalrätin Angeline Fankhauser als Vertreterin der Parlamentarierinnen sowie Frau Claudia Kaufmann, Leiterin des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EDI), an. An dieser Sitzung waren auch die Zentralen Sprachdienste der Bundeskanzlei vertreten. Am 12. und 18. August und am 10. September hat die Kommission den Berichtsentwurf beraten, der der Plenarkommission am 22. September 1992 zur Genehmigung unterbreitet wurde.

2. Würdigung

Die Kommission betont, dass ihr Auftrag sich auf die Redaktion von Erlassen der Bundesversammlung beschränkt und sich nicht auf die Verwaltungssprache erstreckt. Gleichwohl dürfte der Beschluss des Parlamentes in dieser Sache einen bedeutenden Einfluss auf die Verwaltungssprache sowie auf die Praxis vieler Kantone haben, welche auf einen Entscheid des eidgenössischen Parlamentes warten.

Die sogenannte kreative Lösung – eine Kombination von Paarbildung (Voll- und Sparform), von Geschlechtsneutralisation und -abstraktion sowie mit der Möglichkeit zu Umformulierungen – ist im Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe (S. 49ff.) eingehend beschrieben. Die Kommission lehnt Legaldefinitionen, Paarformen und Geschlechtsneutralisation/-abstraktion als ausschliessliche Umsetzungsmöglichkeiten ab.

Die Texte sollen so formuliert werden, dass sie Frauen und Männer in gleicher Weise ansprechen. Die besten Ergebnisse lassen sich erzielen, wenn die Grundsätze der sprachlichen

Gleichbehandlung bereits bei der Konzeption von Texten berücksichtigt und alle drei Möglichkeiten in sinnvoller Weise miteinander kombiniert werden. Die Wahl der sprachlichen Mittel soll sich im Einzelfall an den Kriterien der Gleichbehandlung, der Rechtssicherheit und der Verständlichkeit orientieren.

Die kreative Lösung hat zur Konsequenz, dass auf den Gebrauch des sogenannten generischen Maskulinums (männliche Form zur Bezeichnung beider Geschlechter) zugunsten einer flexiblen Kombination von Paarbildung, Geschlechtsneutralisation und -abstraktion soweit tunlich verzichtet wird. Nach der kreativen Lösung kann man z. B. in französischer Sprache nicht mehr von «le chef» sprechen, sondern muss z. B. «le chef ou la cheffe» sagen; ebensowenig ist in deutscher Sprache der Ausdruck «der Richter» statthaft; statt dessen muss man z. B. auf den Ausdruck «das Gericht» ausweichen oder Paarformen («die Richterin bzw. der Richter») gebrauchen.

Zur Umgehung der Nachteile der jeweiligen Einzellösungen lässt die kreative Lösung auch Umformulierungen zu: So kann etwa aus dem Satz «Die Ausrichtung der Kinderzulage obliegt dem Arbeitgeber/der den Lohn schuldenden Person» folgender Satz entstehen: «Die Kinderzulage wird mit dem Lohn ausgerichtet». Es stellt sich die Frage, ob bei Umformulierungen nicht der Sinn – wenn auch nur in Nuancen – geändert wird.

Die kreative Lösung schliesst einen gelegentlichen Gebrauch des generischen Maskulinums nicht aus (wenn der Gebrauch von Paarbildung oder Geschlechtsneutralisation und -abstraktion sich als unelegant oder nicht geeignet erweist, oder z. B. bei Substantiven, welche beide Geschlechter bezeichnen). Diese Annahme muss in der Praxis überprüft werden, denn sie führt zu einem Problem in bezug auf die Logik: Wenn männliche Bezeichnungen einmal Personen männlichen Geschlechts und ein anderes Mal Personen beider Geschlechter bezeichnen, könnte dies in einzelnen Fällen zu Auslegungsschwierigkeiten führen.

Die Kommission tritt für eine möglichst weitgehende Befolgung der Grundsätze der sprachlichen Gleichbehandlung in der Gesetzessprache ein. Es scheint, dass sich die kreative Lösung im Deutschen verwirklichen lässt, ihre Umsetzung aber im Französischen und Italienischen zu unüberwindbaren Schwierigkeiten führt. Nach Meinung der Kommission kann die kreative Lösung im Deutschen auch dann verwirklicht werden, wenn sie im Französischen und im Italienischen nicht angewandt wird.

Solche Unterschiede sind durchaus zulässig. In seinem Rechtsgutachten vom 23. Juni 1992, das er im Auftrag der Kommission erstellt hat, bejaht Professor Jean-François Aubert die Möglichkeit einer unterschiedlichen Behandlung der Geschlechter in den einzelnen Sprachen: Die in Artikel 32 Absatz 1 GVG geforderte «Übereinstimmung» der Texte in den drei Amtssprachen bezieht sich nicht auf die grammatische Form, sondern auf den Sinn der Bestimmungen. So würde es beispielsweise genügen, ein für allemal zu erklären, dass die Ausdrücke im generischen Maskulinum im Französischen (z. B. «le fonctionnaire») und die Paarbildungen im Deutschen (z. B. «Die Beamtin oder der Beamte») jeweils dieselben Rechtssubjekte bezeichnen.

Die Beibehaltung des generischen Maskulinums im Französischen und im Italienischen hat keinerlei Einfluss auf die Bildung weiblicher Amts- und Berufsbezeichnungen. Im weiteren ist es durchaus möglich, Absurditäten in der Gesetzessprache auch mit anderen Mitteln als der kreativen Lösung zu begegnen und häufiger neutrale Formulierungen zu gebrauchen (Verwendung des Ausdrucks «Person», Ersatz von «derjenige, der» durch «wer»). Die Anwendung solcher Mittel führt zwar nicht zur sprachlichen Gleichbehandlung, aber doch zu einer Gesetzessprache, die weniger stark männlich geprägt ist.

3. Das Urheberrechtsgesetz (URG) als Anwendungsbeispiel
Im Anhang legt die Kommission für die deutsche Fassung des URG zwei Varianten vor: Variante I ist nach der kreativen Lösung redigiert, Variante II nach der gegenwärtigen Praxis. Wenn beide Räte dem vorliegenden Bericht zustimmen, wird die Variante I der Redaktionskommission zur Schlussabstim-

mung vom 9. Oktober 1992 vorgelegt, wenn ein Rat den Bericht in ablehnendem Sinne zur Kenntnis nimmt, gelangt Variante II zur Schlussabstimmung.

4. Vorgehen

Die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter in der Gesetzessprache wird bei neuen Gesetzen sowie bei Totalrevisionen bereits bestehender Gesetze zur Anwendung gelangen. Letztere werden nicht auf systematische Weise im Sinne der sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter angepasst. Um die Einheitlichkeit und den inneren Zusammenhang dieser Gesetze zu gewährleisten, sind auch bei Teilrevisionen entsprechende Änderungen zu vermeiden.

M. Rebeaud présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

Nous fondant sur l'article 32, 2e alinéa, LREC, nous vous présentons le rapport suivant consacré à la formulation non sexiste des textes législatifs ainsi que le rapport du groupe de travail interdépartemental de la Confédération concernant la formulation non sexiste des textes législatifs et administratifs. Nous vous proposons de prendre connaissance du rapport en l'approuvant, ce qui signifie:

- a. qu'en allemand la formulation non sexiste dans la langue législative peut être progressivement mise en oeuvre selon les principes de la solution dite créative (sans cependant avoir recours au «l» majuscule à l'intérieur des mots);
- b. que la possibilité de renoncer à la mise en oeuvre de la solution dite créative est réservée pour le français et l'italien, la correspondance du sens dans les trois langues étant assurée.

Introduction

1. Mandat

Le mandat de la Commission de rédaction (ci-après commission) de traiter la question de la rédaction non sexiste des textes législatifs découle:

- a. du mandat général qui lui est conféré par l'article 31, 1er alinéa, LREC;
- b. de la discussion de détail au Conseil national sur le projet de loi fédérale sur le droit d'auteur et les droits voisins (84.064) à l'occasion duquel mandat a été donné à la commission d'examiner la question de la formulation non sexiste pour ce même projet de loi (BO 1992 N 14 pour la discussion de détail).

2. Situation initiale

L'égalité des droits entre hommes et femmes figure depuis 1981 à l'article 4, 2e alinéa, de la constitution. S'agissant des applications pratiques, il y a lieu, entre autres, d'envisager la question de l'usage linguistique: les deux sexes doivent-ils faire l'objet du même traitement – en l'occurrence, le mandat de la commission se limite-t-il à la langue législative? Si oui, comment ce traitement doit-il être concrétisé dans la langue? Dans son rapport du 26 février 1986 sur le programme législatif «Egalité des droits entre hommes et femmes» (FF 1986, II, 1132 et ss), le Conseil fédéral a tenu compte de ce problème: «Ainsi, dans tous les actes législatifs applicables indifféremment aux hommes et aux femmes, il paraît judicieux d'opter, dans la mesure du possible, pour une terminologie qui, elle non plus, ne fasse pas de différence entre les sexes.» Le Conseil fédéral a annoncé vouloir procéder aux adaptations linguistiques appropriées à l'occasion des modifications de fond des textes législatifs. En outre, il a exprimé ses intentions d'introduire dans les directives de technique législative fédérale des indications relatives à un traitement linguistique non sexiste.

Par ailleurs, il y a lieu de renvoyer à l'intervention parlementaire suivante: motion 85.947 – Gurtner Barbara (Discrimination de la femme dans la terminologie officielle).

Activités déployées au sein de l'administration

1. Rapport du groupe de travail interdépartemental de l'Administration fédérale concernant la formulation non sexiste des actes législatifs et administratifs
Au printemps 1988, la Chancellerie fédérale a institué un groupe de travail interdépartemental (ci-après groupe de tra-

vail) doté du mandat suivant: «élaborer des propositions en matière de formulation non sexiste des textes législatifs et administratifs, conformes aux avis déjà mentionnés, rendus par le Conseil fédéral et le chancelier de la Confédération, en réponse à diverses interventions parlementaires» (rapport, p. 11). Le rapport définitif du groupe de travail a été publié en juin 1991. La Chancellerie fédérale et le Conseil fédéral n'ont jusqu'à présent pas pris position sur le rapport final.

2. Possibilités de la formulation non sexiste

En matière de langue législative et administrative, le groupe de travail a envisagé les solutions possibles en fonction des critères d'appréciation suivants:

- formulation non sexiste,
- sécurité du droit,
- intelligibilité,
- conformité avec le langage juridique.

Les solutions suivantes ont été examinées:

- définitions légales,
- version du doublet intégral,
- neutralisation et élimination de la notion de sexe,
- solution créative (combinaison des possibilités existantes).

Dans son appréciation des diverses possibilités de formulation non sexiste, le groupe de travail parvient à la conclusion suivante (rapport, p. 53 et ss):

«Notre exposé des diverses possibilités de réaliser la formulation non sexiste a montré que l'utilisation exclusive de doublets, d'une part, de formulation neutre ou sans référence à la notion de sexe, d'autre part, bute rapidement sur des limites d'ordre linguistique, tandis que la libre combinaison des deux approches permet d'obtenir des résultats convaincants, à condition de disposer, de surcroît, d'une liberté rédactionnelle suffisante.»

Considérations de la commission

1. Traitement par la commission

La commission s'est réunie en séance plénière, le 29 janvier 1992. A la demande de la Commission de la culture et de l'éducation du Conseil national, commission chargée de l'examen préalable des arrêtés fédéraux sur les crédits d'aide aux universités (91.040 n), la commission a inscrit cet objet à l'ordre du jour de sa séance du 29 janvier, de façon à examiner l'opportunité d'une formulation non sexiste applicable à ces arrêtés. Du moment qu'une procédure de consultation pour l'élaboration d'un projet d'ordonnance destiné à régler la question de la formulation non sexiste des textes législatifs et administratifs était en cours auprès des offices de l'Administration fédérale, la commission a décidé d'en rester provisoirement à sa pratique actuelle et d'organiser une séance spécialement consacrée à la question. La commission a jugé qu'il n'était pas opportun de donner des signes permettant de conclure à une prise de position déterminée, avant qu'une décision de principe ne soit prise et ce malgré certaines exceptions consenties dans des cas particuliers de rédaction législative.

Lors de sa séance plénière du 24 juin 1992, la commission a entendu Mme A. Fankhauser, conseillère nationale, C. Kaufmann, Bureau de l'égalité entre hommes et femmes (Département fédéral de l'intérieur), ainsi que les représentants des services linguistiques centraux de la Chancellerie fédérale. Les 12, 20 août et 10 septembre 1992, la commission a traité la question de la formulation non sexiste et le projet de rapport que la commission réunie en séance plénière a approuvé le 22 septembre 1992.

2. Appréciation

Il y a lieu d'insister sur le fait que le mandat de la commission est exclusivement limité à la rédaction des textes législatifs de l'Assemblée fédérale (lois et arrêtés fédéraux) et ne s'étend pas à la langue administrative, par exemple. Cela dit, la décision que le Parlement sera amené à prendre en la matière aura une incidence considérable sur la rédaction de textes administratifs ainsi que sur la pratique de nombreux cantons qui attendent que les conseils législatifs se déterminent à ce sujet.

Les textes doivent être formulés de manière à ce que les femmes et les hommes se sentent également concernés. C'est en appliquant les principes de formulation non sexiste déjà lors de la conception des textes et en combinant judicieusement

les trois possibilités à disposition que l'on obtient les meilleurs résultats. Le choix du moyen linguistique doit, dans chaque cas d'espèce, être opéré en fonction des critères de l'égalité de traitement, de la sécurité du droit et de l'intelligibilité.

La solution dite créative suppose que, pour autant que cela soit réalisable, l'on renonce à l'emploi du masculin générique (nom masculin désignant des individus des deux sexes), au profit d'une combinaison souple de formes appelées neutres ou de doublets. Ainsi, on ne dira plus «le chef», mais: «le chef ou la cheffe»; de même en allemand, on ne dira plus: «der Richter», mais par exemple «das Gericht» ou on aura recours au doublet («die Richterin beziehungsweise der Richter»).

La solution dite créative permet d'avoir recours à une formulation différente (emploi du passif, par exemple) pour éviter les inconvénients des autres solutions décrites dans le rapport: «Die Ausrichtung der Kinderzulage obliegt dem Arbeitgeber/le versement de l'allocation pour enfants incombe à l'employeur» – «Die Kinderzulage wird mit dem Lohn ausgerichtet/l'allocation pour enfants est versée avec le salaire».

Il n'est pas exclu que la solution dite créative permette l'utilisation occasionnelle de masculins génériques (lorsque l'emploi de doublets ou de formes appelées neutres se révèle inélegant ou malcommode, ou en présence de substantifs épiciques, par exemple). Il y a lieu de vérifier cette supposition dans la pratique, car elle pose un problème logique: si des termes masculins désignent tantôt des personnes de sexe masculin, tantôt des personnes des deux sexes, cela risque de soulever, dans certains cas, des difficultés d'interprétation.

La commission est d'avis que l'exigence de rédiger les lois de manière non sexiste doit être satisfaite dans toute la mesure possible. Il apparaît que la solution dite créative est applicable en allemand, mais qu'elle pose, en l'état, des problèmes insurmontables en italien et en français. Pour cette raison, la commission estime que la solution dite créative doit pouvoir être mise en oeuvre en langue allemande, même si ce n'est pas le cas en français et en italien.

Un traitement différencié selon les langues est admissible: ainsi que l'indique le professeur Jean-François Aubert dans son avis, sollicité par la commission, du 23 juin 1992, la «concordance» entre les trois langues, exigée par l'article 32 alinéa premier LREC, ne s'applique pas aux formes grammaticales, mais aux significations. Il suffirait, par exemple, d'indiquer une fois pour toutes que lorsque le français dit «le fonctionnaire» (masculin générique) et que l'allemand dit «die Beamtin oder der Beamte» (doublet), l'un et l'autre désignent les mêmes sujets de droit.

A noter qu'un refus de supprimer le masculin générique en italien et en français n'a aucune incidence sur la féminisation des noms de professions ou de charges publiques. En outre, il reste possible, dans la législation, de combattre les absurdités par d'autres moyens que la solution dite créative et d'utiliser plus fréquemment des formes non masculines («quiconque» au lieu de «celui qui», ou «la personne»). Cela ne permet pas de réaliser une formulation non sexiste, mais de réduire quelque peu la prépondérance du genre masculin.

3. La loi sur le droit d'auteur (LDA) comme exemple pratique
En annexe, la commission présente, pour le texte allemand de la LDA deux variantes: variante I – solution dite créative, variante II – pratique actuelle.

Si les deux conseils approuvent le présent rapport, la variante I de la Commission de rédaction constitue la proposition pour le vote final du 9 octobre 1992; si l'un des conseils ou les deux en prennent connaissance en le désapprouvant, c'est la variante II qui constitue la proposition pour ce même vote final.

4. Mise en oeuvre

La formulation non sexiste des textes législatifs s'appliquera aux lois nouvelles ou aux lois faisant l'objet d'une révision totale. On n'entreprendra aucune modification systématique des lois anciennes pour y introduire des formulations non sexistes lors de la révision partielle d'anciennes lois, afin de maintenir l'homogénéité et la cohérence de ces lois.

Antrag der Kommission

Vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis nehmen

Antrag Maspoli

Vom Bericht in ablehnendem Sinne Kenntnis nehmen

Schriftliche Begründung

Durch die Einführung der im Bericht vorgesehenen Neuerungen wird die Gesetzessprache undeutlicher und dadurch – für den Normalbürger – um einiges unverständlicher, als dies heute der Fall ist. In diesem Sinne haben die im Bericht aufgeführten Beispiele eine äusserst abschreckende Wirkung erzielt. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist durchaus anzustreben, doch wage ich es zu bezweifeln, dass solch sinnlose Übungen zum Erfolg führen werden.

Proposition de la commission

Prendre acte du rapport en l'approuvant

Proposition Maspoli

Prendre acte du rapport en le désapprouvant

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

65 Stimmen

Für den Antrag Maspoli

37 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

92.022

Schweizerische Landesbibliothek. Reorganisation

Bibliothèque nationale suisse. Réorganisation

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 812 hiervoor – Voir page 812 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 1. Oktober 1992
Décision du Conseil des Etats du 1er octobre 1992

Herr **Etique** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Am 4. Juni 1992 hat der Nationalrat als Erstrat der Vorlage des Bundesrates zur Revision des Bundesgesetzes über die Schweizerische Landesbibliothek zugestimmt. Am 1. Oktober 1992 ist ihm der Ständerat gefolgt, hat jedoch verschiedene Änderungen vorgenommen; sie betreffen die Artikel 2 bis 4 und 11 und 12 (siehe Fahne).

Artikel 2: Die Version des Ständerates beinhaltet eine sprachliche Neufassung des deutschen Textes, d. h. eine Angleichung der deutschen an die französische Fassung.

Artikel 3 und 4: Der Ständerat hat auch hier keine materielle Änderung vorgenommen, diese beiden Artikel jedoch aufgliedert und entflochten: Artikel 3 enthält die Definition des Sammelauftrages, Artikel 4 dessen Umschreibung.

Die Kommission des Nationalrates stimmt dieser Neufassung zu, hält jedoch fest, dass in Artikel 4 nur der Sammelauftrag neu umschrieben wird, dass jedoch keine Kompetenzverschiebung vorgenommen wird.

Die Redaktionskommission wird ersucht, diesen Bedenken Rechnung zu tragen und u. a. den Titel von Artikel 4 besser auf den Inhalt abzustimmen.

Bei Artikel 11 und 12 handelt es sich wiederum um Änderungen redaktioneller Art.

M. **Etique** présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

Le Conseil national, qui avait la priorité, a approuvé le projet du Conseil fédéral concernant la révision de la loi fédérale sur la

Bibliothèque nationale le 4 juin 1992. En date du 1er octobre 1992, le Conseil des Etats l'a suivi, mais a cependant apporté quelques modifications, qui touchent les articles 2 à 4 et 11 et 12 (voir dépliant).

Article 2: la version du Conseil des Etats comporte une nouvelle formulation du texte allemand, à savoir une adaptation du texte allemand au texte français.

Articles 3 et 4: le Conseil des Etats n'a ici pas non plus apporté de modifications matérielles, mais a divisé et réordonné les deux articles: l'article 3 contient la définition du mandat de collection et l'article 4 sa définition.

La commission du Conseil national approuve cette formulation. Cependant, elle précise que dans l'article 4, seul le mandat de collection est à nouveau défini et que cela n'aura pas pour conséquence un transfert de compétences.

La Commission de rédaction sera priée de prendre en compte cette réserve et d'adapter, entre autres, le titre de l'article 4 à son contenu.

Dans les articles 11 et 12, il s'agit à nouveau de modifications de nature rédactionnelle.

Art. 2–4, 11, 12**Antrag der Kommission**

Die Kommission beantragt einstimmig, den Beschlüssen des Ständerates zuzustimmen – unter Vorbehalt der redaktionellen Bereinigung von Artikel 4.

Art. 2–4, 11, 12**Proposition de la commission**

La commission propose, à l'unanimité, d'adhérer aux décisions du Conseil des Etats – sous réserve de l'amélioration rédactionnelle de l'article 4.

Angenommen – Adopté

92.067

Krankenversicherung. Massnahmen gegen die Kostensteigerung 1993–1994. Bundesbeschluss

Assurance-maladie. Mesures contre l'augmentation des coûts 1993–1994. Arrêté fédéral

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1961 hiervoor – Voir page 1961 ci-devant

Sieber: Beim Thema Bundesbeschluss über befristete Massnahmen gegen die Kostensteigerung steht immer ein Wort im Zentrum: Dieses Wort heisst Kostenbremse. Bei diesem Wort entstehen bei mir ganz bestimmte Assoziationen. Ich denke an einen Bauern, bei dem ich vor dreissig, vierzig Jahren arbeitete, der jeweils vom Hirzel steil bergab gegen den Sihlsprung fuhrwerke und mich mit dem Bremsmanöver betraute. Ich überlegte mir damals als Junge verantwortungsbewusst: Bremsen rechtsherum drehen oder linksherum? Rechtsherum drehen heisst: Die Bremsklötze pressen sich an die Kufen. Linksherum bedeutet: Die Bremse wird gelöst.

Das soll keine politische Anspielung sein, sondern eine Anspielung auf die Situation in unserem Gesundheitswesen. Wenn wir jetzt nämlich nicht bremsen, geht der Karren böse nebenaus, dann gibt es, wie wir Zürcher sagen, «es Lumpenfueder».

Es gibt auch andere Bremsen als die Bremsen an den Brückenwagen: es gibt Trommelbremsen. Sie sind sehr zentralistisch; es gibt den Rücktritt, z. B. bei den Militärfahrrädern; es gibt auch die Felgenbremse, sie funktioniert an der Peripherie. Und diese Peripherie, das sind für mich jene Bevölke-

Sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter in der Gesetzessprache

Formulation non sexiste des textes législatifs

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.077
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.10.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1984-1988
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 644

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.